

# Hamm kann „fair“: Aktionstage für faire Beschaffung ohne Menschenrechtsverletzungen

Inzwischen ist FairTrade im Konsumalltag angekommen. Doch nicht nur Zivilgesellschaft und Unternehmen engagieren sich, sondern auch viele Kommunen. So hat auch die Stadt Hamm einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des fairen Handels erlassen und ist seit September 2012 als Fairtrade Town ausgezeichnet. Doch wie steht es eigentlich um den kommunalen Einkauf selbst? Wird sichergestellt, dass öffentlich beschaffte Güter fair produziert werden?

Mit den Aktionstagen „Wertvoll Einkaufen – Hamm Kann Fair“ fordert das Eine-Welt-Netz NRW e.V. in Kooperation mit dem Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V. (FUGe) die Stadtverwaltung dazu auf, stärker auf öko-soziale Kriterien zu setzen. Vom 10. bis 18. September erwartete Besucher/-innen des Maximilianparks in Hamm ein großer Aktionsstand mit Fotoausstellung, welche einen Blick auf die Herstellungsbedingungen verschiedener Produkte wagt. Die Kampagne des Eine-Welt-Netzes NRW tourte in 2016 durch insgesamt acht Städte. Das Projekt wird gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Oft ist uns gar nicht bewusst, wie viele dieser Produkte wir direkt oder indirekt nutzen: Wir schlendern über Natursteine auf Marktplätzen, unsere Kinder spielen mit Spielzeug in der KiTa und wir profitieren von diversen Ämtern, die ohne Computer, Büroartikel und angemessene Berufsbekleidung nicht arbeiten könnten. Finanziert werden sie mit unseren Steuern. Um Kosten zu sparen, wird häufig



Am Stand konnten Bürger ihre Statements zur fairen Beschaffung auf ein Foto bannen.  
Foto: Claudia Kasten

in Ländern des globalen Südens produziert, wo es in der Praxis noch immer häufig zu massiven Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten kommt. Löhne unterhalb des Existenzminimums, zu lange Arbeitszeiten, fehlender Gesundheitsschutz, Kinder- und Zwangsarbeit und selbst tödliche Arbeitsunfälle sind keine Seltenheit. Dabei ist für den öffentlichen Einkauf in NRW die Einhaltung der sogenannten ILO-Kernarbeitsnormen sogar gesetzlich vorgeschrieben, doch dies wird oft nicht wirksam umgesetzt und kontrolliert.

Als Großverbraucherinnen haben unsere Kommunen viel Marktmacht und tragen somit besonders viel Verantwortung. Mit einer Umstellung der kommunalen Einkaufspraxis, etwa durch das Einfordern verlässlicher Nachweise über die Herkunft von Produkten, können Städte und Gemeinden einen wertvollen Beitrag zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen weltweit leisten.

Über 100 Foto-Statements sind bei der Kampagne entstanden, mit denen Bürger/-innen und Besucher/-innen der Stadt Hamm sich für einen fairen kommunalen Einkauf aussprechen. Diese werden an Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann übergeben, welcher die Ausstellung beim 20. Eine-Welt- und Umwelttag besucht hat. Als OB hat er es in der Hand, innerhalb der Stadtverwaltung notwendige Impulse für „FAIRänderungen“ zu setzen. Pilotprojekte anderer Kommunen wie etwa Dortmund oder Bonn, machen vor, wie das in der Praxis funktionieren kann.

Wichtige erste Schritte sind getan, beispielsweise kauft die Stadt fairen Kaffee und faire Blumen für Jubiläen. Doch nun gilt es, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Denn in einem Punkt sind sich alle Unterstützer/-innen der Kampagne einig: Hamm kann fair!

Gefördert durch:



# Großer FAIRNESS-Check – Wie fair kauft meine Stadt?

Doch wie sieht die öffentliche Beschaffung in Hamm aus? Als Nutzer/-innen öffentlicher Leistungen haben wir daher kritisch nachgefragt, um einen Überblick über Potenziale und Herausforderungen des sozial gerechten Einkaufs in unserer Stadt zu erhalten. Wir haben durch einen „FAIRNESS-Check“, entwickelt von der Christlichen Initiative ROMERO im Kooperation mit terre des hommes, der Stadt „auf den Zahn gefühlt“. Hier die zusammengefassten Aussagen:

Die Vergabe der Stadt Hamm ist teilweise zentral aber auch mit dezentralen Elementen organisiert, ein Volumen wurde nicht benannt. Es gilt für unsere Stadt das Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes NRW (TVgG) mit einer verpflichtenden Bestimmung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, und es werden die im Rahmen von Verordnungen und Erlässen herausgegebenen Mustervordrucke genutzt. Es besteht die

Verpflichtung, die Anforderungen des TVgG in alle einschlägigen Beschaffungsabläufe zu integrieren. Weitere Ratsbeschlüsse zur Anwendung sozialer Kriterien bestehen z. B. im Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit (ILO 182). Die Einhaltung des TVgG wird in den regulären Vergabeverfahren kontrolliert. Eine Berichterstattung an den Rat erfolgt nicht. Bei den Händlern/Herstellern wird die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen über die Vergabeunterlagen bei Lieferleistungen abgefragt. Eine abgestufte Bietererklärung, enthalten in den zusätzlichen Auftragsausführungsbestimmungen, wird aber nicht kontrolliert.

Generell wird die Umsetzung der sozialen Kriterien in der Beschaffung als schwierig bezeichnet. Die Probleme liegen insbesondere in der mangelnden Kontrollierbarkeit der Angaben in den Bietererklärungen (zu hoher Aufwand – zeitlich und personell bei der

Rückverfolgung von Lieferketten). Teilweise mangelt es auch an Alternativprodukten, auch die „Siegel-Landschaft“ ist teilweise unübersichtlich. Eine stärkere proaktive Haltung durch staatliche Verordnungen, wie z. B. das TVgG in NRW, wird nur begrenzt gesehen, hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert.

Wir, die Nutzer/-innen, sehen für die Umsetzung sozialer Kriterien eine entscheidende Macht bei den Verbrauchern und Konsumenten und hier auch bei der Stadt. Durch ihr Nachfrage- und Kaufverhalten können sie entscheidend zu einer Veränderung bei der Produktion unter Berücksichtigung sozialer Kriterien beitragen. Dies erfordert von uns Aufmerksamkeit, zusätzliche Mühe durch Hinterfragen von Sachverhalten und ein verantwortungsvolles Kaufverhalten, was uns auch etwas mehr kosten darf, wenn wir dadurch etwas zu einer gerechteren Welt beitragen können.



Katharina Edinger (Eine-Welt-Netz), Karl Faulenbach (FUGE) und Wolfgang Langer (Steuerungsgruppe) überreichten OB Hunsteger-Petermann (2. v. l.) die Fotos.